

3645/J XXI.GP

Eingelangt am: 20.03.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen

betreffend Reform des Lebensmittelgesetzes und seiner Vollziehung

Das Lebensmittelgesetz aus dem Jahr 1975, das in seinen Grundzügen auf das LMG 1951 zurückgeht, entspricht nicht der heutigen Situation im Lebensmittelhandel und des heutigen Konsumentinnenverhaltens (Handelsketten mit Filialleiterinnen, freier Warenverkehr innerhalb der EU, verpackte Lebensmittel, hoher Verarbeitungsgrad der Lebensmittel, ...). Außerdem bestehen diverse Vollzugsdefizite. Darauf wiesen Experten in der Enquete-Kommission "Die Reaktion auf strafbares Verhalten ..." im vergangenen Sommer hin und entwickelten diverse Reformvorschläge. Unter anderem wurde bemerkt, dass einzelne StaatsanwältInnen, Richterinnen und vor allem die Mitarbeiterinnen der umweltkriminalpolizeilichen Abteilungen hervorragende Arbeit bei der Verfolgung von Verstößen gegen das Lebensmittelrecht leisten. Insgesamt betrachtet bestehe jedoch kein einheitliches Informationsniveau bei ermittelnden Behörden und Gerichten, sodass Experten bei der Enquete-Kommission von mangelnder Effizienz und häufiger Einstellung von Verfahren sprachen. Dies führe nicht nur zu Risiken für Leib und Leben, sondern auch zu Marktverzerrungen zu Ungunsten der rechtstreuen Unternehmerinnen. Außerdem hafte den Ergebnissen der Strafverfahren auf Grund der unterschiedlicher Niveaus der Ermittlungsbehörden und Gerichte eine gewisse Willkür an.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Auf welche Weise gedenken Sie die Kontrollinstanzen im Lebensmittelbereich zu verbessern, da von der Entdeckungs- und Verfolgungswahrscheinlichkeit die größte Präventionswirkung ausgeht?

2. Werden Sie dafür eintreten, dass Lebensmittelaufsichtsorgane in Tierställen auch Probenziehungen, Beschlagnahmungen und Urkundeneinsicht vornehmen können?
3. Wenn nicht, warum nicht? Wenn ja, in welcher Form?
4. In welcher Form werden Sie dafür eintreten, dass Verwaltungsstrafdrohungen im Futtermittelgesetz verankert werden?